

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 16. Charlottenburg, Freitag, den 16. April 1920.

Jahrg. 47.

Die Staatsbureaucratie, der Verbandstag der Berufsgenossen- schaften und der Arbeiterkontrollleur.

Für alle Arbeiter, welcher Organisation und politischen Partei sie auch angehören, ist entgegen der Auffassung und Stellungnahme der Unternehmer die Gleichberechtigung bei der Verwirklichung des gewerblichen Gesundheitsschutzes eine einheitliche Forderung. Die Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Daß diese Ausnahmen im Widerspruch mit den politischen Grundätzen der Arbeiterbewegung vereinzelt noch in den freien Gewerkschaften zu finden sind, dadurch auf eines der bedeutendsten Rechte der Demokratie, das des Menschenschutzes verzichten, dürfte bekannt sein. — Mehr als darüber zu verlieren, muß hier als überflüssig erachtet werden.

Die Sozialpolitik der Unternehmer und ihrer Organisationsleiter mit samt den Berufsgenossenschaften gipfelt in der Tagung: den Arbeiter als ein Subjekt des gewerblichen Schutzes zu betrachten, das den Herren als Henne die goldenen Eier des Schutzes in den Schoß legen muß und deshalb immerhin einer gewissen Fürsorge bedarf. Wie man über diesen Standpunkt nicht hinauskommen kann, das hat die Tagung des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften einige Wochen vor der Revolution, am 11. und 12. Oktober 1918 in Stuttgart, und im weiteren die Tagung am 21. und 22. Oktober 1919 in Hannover gezeigt, wo der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, in seinem Schlußwort seiner Begrüßungsrede nicht unterlassen konnte, auszuführen: „Wir stehen auch in der Sozialversicherung vor den Toren einer neuen Zeit, vor einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Die deutsche Sozialversicherung muß bleiben, was sie bisher war — ein Vorbild deutscher idealer Kraft und deutscher Gesinnung.“ Wie man verständnisvoll dieses „Vorbild“ stets aufgefaßt hat, das geht aus den Ausführungen der Verbandssleitung, der Herren Dr. Reisser und Dr. Ostern, bei der Tagung in Stuttgart hervor: „Die Bestrebungen nach Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Rentensatzfestsetzung stoßen bei den Berufsgenossenschaften auf entschiedenen Widerspruch, weil die in diesen Genossenschaften vereinigten Unternehmer die alleinigen Träger der Lasten sind. Als Hauptforderung sei die Selbstständigkeit des Verwaltungscharakters zu bezeichnen.“ Um die Arbeiter von den Auswirkungen der Berufsgenossenschaften fernzuhalten, wird hier offensichtlich mit Täuschungen operiert. Jeder Unternehmer zahlt nämlich nur dann diese „Lasten“, wenn er Versicherte beschäftigt, und bucht das als Geschäftskosten, d. h. die Arbeiter müssen immer diese Ausgaben durch ihre Arbeitsleistungen einbringen. Ähnlicher Art argumentierte man gegen die Einstellung von Beamten als technische Aufsichtsbeamte: „Denn diese Bedenken sind nicht nur grundsätzlicher Natur. Solange die Staatsbehörden bei der Einstellung von Sachverständigen sich auf den Boden der politischen Einigung der auszuwählenden Personen stellen, so kann man den Berufsgenossenschaften nicht verdenken, wenn sie sich gegen die Einstellung von nicht oder nur ungenügend gebildeten Arbeiterkontrollleuren wenden.“

Nicht anders der berufsgenossenschaftliche Verbandstag in Hannover. Man verstand sich hier zu der Aufstellung von Verpersönlichkeiten der Arbeiter in den größeren Betrieben, was durch das bevorstehende Betriebsrätesystem nicht zu umgehen war. Von einer Trennung der Unfallverhütung von den Berufsgenossenschaften und einer Vereinigung des technischen Aufsichts-

dienstes mit der staatlichen Gewerbeaufsicht wollen auch bis heute diese Männer als „Herren im Hause“ nichts wissen. Der Arbeiter soll nach wie vor das Objekt einer ihm von oben herab gütigst gewährten „Arbeiterwohlfahrt“ und gewerblichen Schutzes bleiben. Man will sich auch der Mühe unterziehen, weitere Erfahrungen zu sammeln. Wie in der Presse mitgeteilt wurde, ordnete der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe eine Rundfrage dahingehend an, um zu prüfen: „wie sich die behördlichen Arbeiterkontrollleure für das Baugewerbe bewährt haben“. Zu alledem erlauben wir uns die Frage aufzuwerfen: Wieviel Unternehmer wohl alljährlich im Interesse der nationalen Produktion und der Volkswirtschaft Leben und Gesundheit einbüßen. Die Zahl ist zweifellos gering und betrifft sichtbar nur die Kleingewerbetreibenden und liegt hier wieder in der Gefährlichkeit dieser beruflichen Betriebe. Durchweg sind die Herren weit vom Schuß! Mit welchem vernünftigen Recht kann daher das Unternehmertum seine anmaßende Stellungnahme zur Ausgestaltung des gewerblichen Arbeiterschutzes begründen? Die Wahrnehmung dieses Schutzes gehört in erster Linie in die Hände des werttätigen Volkes und der Wissenschaft, von wo aus maßgebend nur allein die Anregungen zu den Erweiterungen technischer Schutzbestimmungen gegeben werden müssen.

Nach den äußeren Erscheinungen nach der Revolution haben sich die deutschen Regierungen der Auffassung der Unternehmer nicht mehr grundsätzlich angeschlossen. Die Landeszentralbehörden in der übergroßen Zahl haben die amtliche Mitwirkung der Arbeiter bei der Gewerbeaufsicht als Obligatorium anerkannt. Aber täuschen wir uns nicht. Was will es z. B. besagen, wenn sich das preussische Handelsministerium für die Gewerbeinspektion bereit erklärt hat, 30 Arbeiter anzustellen? Aber das nicht allein. Es kommt doch schließlich darauf an, welche Rechte diesen Arbeiter-Aufsichtsbeamten als Funktionäre der Gewerbeaufsicht zuerkannt werden; und hier zeigt sich ein neuer Gegner des Arbeiterschutzes; das ist die behördliche Bureaucratie, diese Bureaucratie, die mit juristischer Spitzfindigkeit und in verschleierte Form die Geltendmachung der neuen Rechte der Arbeiter durch allerlei Maßnahmen und Einwendungen zu verhindern oder zu verschleppen sucht.

Die Begleiterscheinung einer jeden politischen Revolution ist bis zur Durchsetzung des neuen Regimes die Erschütterung der Staatsautorität und der Staatsgewalt. Bei dem Mangel an geschulten Kräften im Sinne der neuen Zeit müssen nach dem Sturz der reaktionären Regierung unausbleiblich die Behörden der alten Schule die Geschäfte weiterführen. Daß diese Bureaucratie, die mit den Unternehmern in einer ständigen Fühlung steht und schwer zum Umlernen bereit ist, ist eine alte Erfahrung, die sich auch wieder bei der Durchführung der neuen Bauarbeiterschutzes in Deutschland gezeigt hat. Ein Beispiel hierfür ist die Einführung der Baukontrollleure in Preußen. Aber auch die neuen Männer aus den verschiedenen Parteilagern sind nicht immer allzu willfährig, den überaus berechtigten Forderungen der Arbeiter zu einer Umgestaltung veralteter Schutzbestimmungen Rechnung zu tragen. In dem Umgang mit dem alten Stamm der Beamenschaft und durch andere politische Gegenströmungen erzeugen sich Widerstände, die bei dem Mangel an entschlossener Festigkeit rückläufig wirken müssen. Gegen all das ist aber auch zu konstatieren, daß es in diesen Kreisen dennoch Männer gibt, die ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit für den Arbeiterschutz willensstark vorzugehen verstehen; das ist immerhin auch eine erfreuliche Erscheinung. Deshalb muß es die Aufgabe der schutzbedürftigen Arbeiterschaft sein, hier taktisch einen sicheren Kontakt herzustellen, denn Schutzgesetze sind keine Glaubensdogmen, auch niemals fehlerlos

oder vollkommene Gebilde; es sind Produkte der wandelbaren Zeit. Deshalb muß man verstehen lernen, sich das möglichst Brauchbare herauszuholen und anzueignen.

Der **Munderlaß des Staatskommissars für Wohnungswesen** an die Regierungspräsidenten vom 13. Dezember 1918, betreffend die obligatorische Einführung von Baukontrollleuren; soll unter der Mitwirkung der Gewerkschaften den Bauarbeiterschutze in Preußen erweitern. Dieser **Munderlaß** muß vor allem von unseren Kollegen aufmerksam durchgelesen werden. Entgegen dem Willen des Unternehmertums wird hier die alte arbeiterschuttsfeindliche Tendenz in Preußen durchbrochen. Das war eine mutige Tat, der weit über die Grenzen des Staates und des Baugewerbes eine Bedeutung beizumessen ist. Deshalb dürfen sich die gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen zur Durchsetzung dieses Erlasses nicht irreführen oder einschüchtern lassen, denn die Regierungspräsidenten sind verpflichtet, nach dem Verlauf eines Jahres, also schon im Dezember 1919, über den Verlauf dieser Anstellungen usw. Bericht zu erstatten. Es muß gefordert werden, diese Berichte zu veröffentlichen, und sie können dann in den parlamentarischen Vertretungen (Landesversammlung, Provinziallandtage, Gemeindefolkollegium usw.) der Gegenstand einer Behandlung sein. Wie bekannt sein dürfte, ergibt sich bei Anstellungsgesuchen an die Behörden (Polizei-, Gemeindebehörden, Bürgermeister, Landräte usw.) eine nicht unbeträchtliche Zahl von Differenzen. Ganz besonders wird gegenüber diesen Anträgen oder Gesuchen die Bedürfnisfrage von Seiten der Behörden aufgeworfen, wovon eigentlich kein Wort in dem **Munderlaß** zu finden ist. Im Gegenteil. In dem Absatz 3 erhält das neue Sozialrecht der Arbeiter offensichtlich eine Grundlage, wonach die Regierungspräsidenten veranlassen sollen, „daß die Polizeibehörden in Orten, in denen bereits amtlich bestelltes Baupolizeipersonal für die Bautenkontrolle vorhanden ist, neben diesem — gegebenenfalls auch unter Einschränkung der Personenzahl dieses — ein oder mehrere aus dem Bauarbeiterstande hervorgegangene Personen als Baukontrollleure anstellen“. Das heißt klar: daß man auf alle Fälle für die Anstellung von Baukontrollleuren Platz zu schaffen hat. Aber trotzdem wird für finanzschwache Gemeinden oder Kreise die Bedürfnisfrage nach der Lage der Bautätigkeit von Fall zu Fall im Zusammenhang mit dem Absatz 7 eine Berücksichtigung erfahren müssen. Bei besonderen Verhältnissen kann der Baukontrollleur auch mit anderen einschlägigen Arbeiten, wie Wohnungsbesichtigungen usw., beschäftigt werden.

Was nun die viel umstrittene Gehaltsfrage anbetrifft, so wird es doch als eine Selbstverständlichkeit gelten müssen, daß dem Kontrollleur, und das trifft auch für die Arbeiter-Gewerbeaufsichtsbeamten zu, rechnerisch mindestens monatlich das gewährt wird, was berufstatarisch als Lohn mit den Teuerungszuschlägen gewerkschaftlich festgelegt ist. Dazu kommen Tagegelber und die Zuschläge für Kleidung, Stiefel usw. Bei auswärtigen Dienstgeschäften außerhalb des Ortes oder im Kreise sind unbedingt erhöhte Tagegelber und die Reisekosten für die Bahnfahrt 3. Klasse zu fordern. Die Zeitdauer der Anstellung wird nach einer festgesetzten Probezeit, die nach dem vorstehenden vergütet werden muß, unter der Mitwirkung der beteiligten Gewerkschaften des Dienstbezirks für zwei bis vier Jahre festgelegt werden können. Bewährt sich der Kontrollleur und hat er sich das Vertrauen seiner Berufskollegen erworben, so kann die Anstellung für eine weitere Zeitdauer vor sich gehen; feste lebenslängliche Anstellungen sind dabei ausgeschlossen. Die Tätigkeit eines unter der Mitwirkung der Gewerkschaften behördlicherseits angestellten Baukontrollleure ist eine amtliche. Dazu wird ihm mit der Dienstankündigung ein Dienstausweis erteilt. Es ist deshalb ein ganz müßiger Streit, ob diese Diensttätigkeit als eine beamtete, im alten juristischen Sinne, aufzufassen ist. Hierüber wird die kommende Zeit mehr Klarheit schaffen müssen. Im übrigen wird jeder Arbeiterkontrollleur dafür Sorge zu tragen haben, daß er sich weiter technisch ausbilden kann, wie auch in dem **Munderlaß** vom 13. Dezember 1918 darauf hingewiesen wird.

Das durch den Staatskommissar für Wohnungswesen unter dem 30. August 1918 herausgegebene „Muster zu einer Dienstankündigung für Arbeiter-Gewerbeaufsichtsbeamte auf Bauten“ ist nur ein Schema zu einer solchen Ankündigung, was nach dem amtlichen Begleitschreiben geändert werden kann. Dieses Muster war deshalb erforderlich, um zu verhindern, daß nicht durch Nachschäffen der Unternehmer oder der beteiligten Behörden diese Ankündigungen als Muster zu gebrauchen, die Tätigkeit dieser Kontrollleure als unwirksam zu gestalten. Diesen Ankündigungen einen praktischen Inhalt zu geben, darauf wird bei den Gewerkschaften zu achten sein. Der Kontrollleur soll möglichst selbständige und außerterminliche Revisionen bei allen Bauten (Hoch-, Tief-, Gemeinde- und Staats-

bauten) vornehmen können. Und wie in dem **Munderlaß** des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten vom 22. März 1910 schon gesagt wird: „soll im allgemeinen eine wöchentliche einmalige Sichtung durch die Baupolizeibehörden notwendig sein“. Das wird nicht immer ausreichen können. Bei besonderen eigenartigen Bauverhältnissen werden aber auch öfter wie in den Dienstankündigungen der Kontrollleure in Bayern Revisionen in kürzeren Zeiträumen oder sogar täglich vorgeesehen werden müssen. Im analogen Sinne werden die Anweisungen für die Arbeiterkontrollleure bei der Gewerbeaufsicht im Zusammenhange mit dem Betriebsrätegesetz eine Durchbildung zu erfahren haben, was auch die Stellung der vorgeesehenen Behörden abzugrenzen sein wird.

Das neue Sozialrecht der Arbeiterkraft, durch den Arbeiterkontrollleur mitzuwirken bei der Ueberwachung der Betriebe, darf eines klug berechnenden langsamen Ausbaues, wobei für kommende Zeit uns die vielseitigen Erfahrungen eine Unterstützung bieten können.

G. Heintze

Zur Hygiene der Porzellanarbeiter.

Wie in vielen anderen Betriebsarten, so verursachen auch der Porzellanindustrie Verunreinigungen der Arbeitsluft schlimmsten Gesundheitschädigungen. Zwar ist an sich Tonstaub und feiner Staub unschädlich, aber in großen Mengen eingeatmet, wirkt er reizend auf die Luftwege. Der scharfste Staub der gebrannten Waren, der beim Glätten, beim Entfernen der Gläser usw. entsteht, ist gefährlicher. Die Formarbeit an der Drehscheibe und beim Pressen ist sehr anstrengend, zumal bei der Herstellung der circa 6—9 Kilogramm schweren Schamottelapseln. Die Gesundheitsverhältnisse sind am ungünstigsten bei den Drehern, Formern, Glasierern und Gießern, die besonders unter Staubinhalationskrankheiten leiden. Auch die Porzellanmalerei bietet hohe Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffern. Das Durchschnittsalter der Porzellanarbeiter beträgt nach Sommerfeld 41 Jahre. Die höchsten Sterblichkeitsziffern liegen zwischen 30. und 40. Lebensjahre. Die Todesursache ist in 60 Proz. Fälle Tuberkulose. Die Häufigkeit der Erkältungskrankheiten (Katarhe der Atmungsorgane, Rheumatismus) wird durch Arbeit mit dem nassen Material und in der Hitze (Ofenarbeit) bedingt.

Durch wirksame Bekämpfung der Staubeinwirkung in der Porzellanindustrie die Gesundheitsverhältnisse der Porzellanarbeiter bedeutend verbessern. In der eben erschienenen 30. Lieferung von „Das Handbuch der Hygiene“ (Leipzig, Verlag Joh. A. Barth; 15 Mark) empfiehlt Dr. W. Schreiber, es sollten, wo immer möglich, Arbeitsräume täglich nach Schluß der Arbeitszeit feucht aufgewischt und gelüftet werden, und zwar soll das zu diesem Zweck angestellten Personen obliegen. Alle unnützen Ranten und Vertiefungen in den Arbeitsstätten sind zu vermeiden oder zu entfernen, Schrankbetten oder sonstige durchaus nötige Vorrichtungen zum Aufheben des Handwerkzeuges usw. sind von Zeit zu Zeit mit einem Stauböl zu bestreichen, um bei Luftzug den Staub zu halten. Alles Abstauben von Porzellangegenständen usw. nicht mehr durch Abwedeln oder Abbürsten im Arbeitsraum geschehen, sondern ist nur in Entstaubungsschränken oder mit leicht handlicher Entstaubungsapparate vorzunehmen. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen haben ihre Hauskleidung vor Beginn der Arbeit mit Berufskleidung auszutauschen. In einer großen Porzellanfabrik sind jedem Dreher, Gießer und Formgießer zwei Hemden aus rotem Baize und ein Schurzfell aus Leder unentgeltlich geliefert worden. Vor Beginn der Arbeit wechselt jeder dieser Arbeiter sein eigenes Hemd mit dem Berufshemd und bindet das große Schurzfell um, das bis zum Knie reicht. Für die Aufbewahrung des eigenen Hemdes erhält jeder Arbeiter einen gut schließenden Karton. Die Hemden werden wöchentlich gewechselt und die Leberschürze wird mit einem Schwamm abgewaschen.

Sehr zu empfehlen ist jährlich mindestens zweimaliges Reinigen der Wände und Decken, zugleich mit gründlicher Reinigung der Arbeitsräume.

Um Krankheitskeime, besonders Tuberkuloseerreger, zu töten, soll möglichst viel Sonnenlicht in die Arbeitsräume gelangen. Es ist erforderlich, daß diese hell, groß und hoch und gut belüftet sind, durch welche die staubhaltige verdorbene Luft abgesaugt wird, zugleich aber ist für die Zuführung reiner Luft Sorge zu tragen. Die Anwendung von Respiratoren ist unangebracht, wenn nicht sogar schädlich. Günstigstenfalls dürfen sie hinderlich sein. Die Einrichtung von Bädern oder Brausebädern und Duschgelegenheiten ist in allen Betrieben nötig.

Es ist dahin zu streben, daß in der Porzellanindustrie die Maschinentechnik und Kraft den Schwerarbeitern, wie Masseschleifern, Drehern, Formern, Brennern usw., soweit irgend möglich anstrengende Muskelarbeit abnimmt. Weiterhin ist es die Aufgabe der Technik, jegliche Staubbildung nach Möglichkeit zu verhindern, damit die Atmungsluft für die Arbeiter rein bleibt, weshalb alle Zerkleinerungs-, Mahl- und Mischmaschinen mit dicht stehenden Gehäusen auszustatten sind. Wo dies aber technisch unmöglich ist, muß, wie beim Drehen, Schleifen usw., soviel als möglich Wasser zur Staubbekämpfung hinzugezogen werden.

Zur Vermeidung der Übertragung von Tuberkuloseerregern ist die rechtzeitige Feststellung der erkrankten Arbeiter erforderlich, weshalb der Fabrikarzt regelmäßig den Lungenauswurf jedes einzelnen zu untersuchen hat. Der Erkrankte darf in der Fabrik dann wieder beschäftigt werden, wenn er bazillenfrei ist. Ähnlich ist bei allen anderen ansteckenden Krankheiten zu verfahren, wie z. B. bei Diphtherie, Typhus und den Geschlechtskrankheiten.

Die Arbeiter selbst können viel zur Erhaltung ihrer Gesundheit beitragen, wenn sie sich in ihrer freien Zeit, so lange es möglich ist, in freier Luft aufhalten, Gartenarbeit verrichten und Sport treiben. „Gerade durch Gartenarbeit“, sagt Dr. Schreiber treffend, „werden die Schädigungen, wie sie ungünstige dauernde Körperhaltungen verursachen, auf angenehme und lohnende Art abgemildert.“

5. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Aus Anlaß der Durchführung des Generalstreiks und der zu seiner Beendigung vereinbarten Gewerkschaftsforderungen trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer eintägigen Beratung zusammen. Der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Legien, teilte einleitend mit, daß die in Berlin anwesenden Verbandsvorstände während des Streiks wiederholt zur Berichterstattung über die Vorgänge und die Maßnahmen der Gewerkschaftsleitungen zusammenberufen worden seien. Die Einberufung einer Ausschusssitzung war aber wegen des Verkehrsverhältnisses unmöglich. Legien berichtete sodann über den Rapp-Büttcherputsch und über den zu seiner Niederwerfung von den Gewerkschaften durchgeführten Generalstreik und seine Erfolge. Die Verhandlungen mit den beiden sozialistischen Parteien zwecks Herbeiführung einer Einheitsfront des Proletariats seien leider an dem zögernden Verhalten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gescheitert, doch gelang es, wenigstens eine einheitliche Kampflinie der Arbeitnehmerverbände herbeizuführen. Nach dem es durch den Generalstreik gelungen war, die illegale Rapp-Büttcherregierung und die meuterisch in Berlin eingedrungenen Truppen beseitigen, galt es, Sicherungen gegen die Wiederkehr solcher revolutionärer Putsch durchzusetzen. Die Gewerkschaftsleitungen übten sich deshalb einen mitentscheidenden Einfluß auf die Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen und verbanden mit den Vertretern der Regierungsparteien ein Programm, das die Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch Schuldigen, die gründliche Reinigung der Verwaltungen von allen reaktionären, die Durchführung demokratischer Verwaltungsreformen, den Ausbau der Sozialgesetzgebung, die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, die Auflösung der konterrevolutionären Heeresformationen und deren Ersatz durch Formationen aus zuverlässig republikanischen Kreisen, sowie die wirksame Durchführung der Lebensmittelversorgung umfaßt. Die militärische Niederwerfung bewaffneter Volksaufhebungen zur republikanischen Verteidigung in der Umgebung Berlins, sowie in Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschlands führte zu einer Verlängerung und Verschärfung des Generalstreiks, der erst nach erneuter Intervention der Gewerkschaftsleitungen und Erhaltung weiterer Zusagen durch die Regierung abgebrochen werden konnte. Höchst schwierig gestaltete sich die Neubildung der Regierungen, da nur die sozialistischen Parteien und die christliche Volkspartei den acht gewerkschaftlichen Programmpunkten vorbehaltlos zustimmten, während die Deutschdemokratische Volkspartei zu denselben einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt einnahm. Die Gewerkschaftsvertretungen haben alles getan, um das Zustandekommen von Regierungen im Reich und in Preußen zu fördern und zu befeuern, die sich wirklich auf das Vertrauen der die Republik verteidigenden Arbeitnehmerschaft stützen können. Sie wissen die großen Schwierigkeiten eines regierungslosen Zustandes gerade in der gegenwärtigen Zeit sehr wohl zu würdigen und haben mancher Bedenken zurückgestellt, um die Neubildung der Regierung nicht zu erschweren. An der Regierungskrise tragen nicht sie die Schuld, sondern das Versagen der Reichsregierung, die nur mit Hilfe der

Arbeitermassen den verfassungsmäßigen Zustand wiederherstellen konnte.

In der Debatte stellte sich Genosse Breh (Fabrikarbeiterverband) auf den Boden der gewerkschaftlichen Forderungen, hielt aber die Einwirkung der Gewerkschaften auf die Lösung der Personenfrage für ein recht gefährliches Experiment, das nicht zur Wiederholung anreize. Seine Bedenken blieben ganz vereinzelt und wurden von allen nachfolgenden Rednern zurückgewiesen. Dabei wurde eindringlich die Gefahr neuer Zusammenstöße zwischen den Truppen und der bewaffneten Arbeiterschaft im Industrierevier wie in Mitteldeutschland geschildert und ein erneutes Eingreifen der Gewerkschaftsleitungen gefordert, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Die Aussprache endete mit der einstimmigen Annahme folgender Rundgebung des Ausschusses:

„Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt sich mit den Maßnahmen des Bundesvorstandes zur Abwehr der Reaktion und bei der Bildung der Regierung in vollem Umfange einverstanden. Es war ein Gebot höchster politischer Klugheit, daß die 12 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die hinter dieser Aktion standen, in der Stunde höchster Gefahr ihre Macht in die Waagschale warfen. Er beauftragt den Bundesvorstand, scharf darauf zu achten, daß die Vereinbarungen auch wirklich eingehalten werden.“

Weiter hält es der Bundesausschuss für erforderlich, daß sofort von Seiten des Vorstandes Schritte unternommen werden, daß es in Rheinland-Westfalen und in Mitteldeutschland zu einer Vereinbarung kommt, um weiteres Blutvergießen zu verhüten. Die neue Regierung möge sofort durch eine Politik des Entgegenkommens die Arbeiterschaft beruhigen.

Im übrigen erklären die Vorstände, daß die Gewerkschaften in Zukunft, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergeben sollte, ebenso geschlossen und kraftvoll auf den Plan treten werden, um die Reaktion zu Boden zu werfen.“

Ferner gaben die anwesenden Vertreter von Gewerkschaften, die ihren Sitz in Süd-, West- und Mitteldeutschland haben, unter schriftlich folgende Erklärung ab:

„Die aus Süd-, West- und Mitteldeutschland an der Sitzung des Bundesausschusses teilnehmenden Gewerkschaftsvorstände erklären ihr volles Einverständnis mit den Maßnahmen des Bundesvorstandes in der Durchführung des Generalstreiks als das Mindestmaß dessen, was geschehen mußte — Maßnahmen, die auch außerhalb Berlins gebilligt werden. Es entspricht durchaus nicht den Tatsachen, daß dort die Vereinbarungen anders bewertet werden. Besonders trifft es nicht zu, daß durch die Aktion der Gewerkschaften etwa Sonderbundesbestrebungen, die in dem Rufe „Los von Berlin“ zum Ausdruck kommen, angeregt worden sind. Was vom Bundesvorstand geschehen ist, war dessen selbstverständliche Pflicht; es besteht in dieser Frage kein Gegensatz zwischen Berlin und der süd-, west- und mitteldeutschen Arbeiterschaft.“

Berlin, den 27. März 1920.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Fr. Gusemann, Berlin.

Verband der Dachdecker.

Theodor Thomas, Frankfurt a. M.

Zentralverband der Glaser.

H. Eichhorn, Karlsruhe.

Deutscher Putzarbeiterverband.

F. Giefert, Altenburg.

Deutscher Kürschnerverband.

J. Heinze, Leipzig.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Robert Dikmann, Stuttgart.

Zentralverband der Schuhmacher.

J. Simon, Nürnberg.

Zentralverband der Steinarbeiter.

H. Walter, Leipzig.

Deutscher Chorführer- und Ballettverband.

Kammann, Mannheim.

Im weiteren wurde darüber beraten, in welcher Weise die streikenden Arbeiter und Angestellten für den entgangenen Arbeitsverdienst schadlos zu halten seien. Während ein Teil der Arbeitgeberschaft sich bereit erklärt hat, die Streiktage zu bezahlen, verweigert ein anderer Teil jede Vergütung. Verhandlungen des Arbeitsministers Schließe mit Arbeitgebervertretern führten zu keinem positiven Ergebnis. Die Gewerkschaftsvertreter waren übereinstimmend der Ansicht, daß die Reichsregierung verpflichtet sei,

die Streikbeteiligten schadlos zu halten. Sie beauftragten den Bundesvorstand, in diesem Sinne mit der Reichsregierung zu verhandeln. Es soll vorgeschlagen werden, daß die Arbeitgeber diese Unterstützung verauslagten und dann vom Reich zurückvergütet erhalten.

Arbeiterfänger!

Alle unter uns, die die Geschichte der Arbeiterbewegung kennen, wissen, welche tiefe Bedeutung gerade die Arbeiterfänger für die ideale Parteibewegung, für den sozialistischen Geist haben. Wer unter uns hat nicht schon mit stiller Andacht oder mit heller Freude im Herzen den Tendenzchören und Liedern, den Freiheitsgesängen der Arbeiterfänger gelauscht? Und wie haben wir dabei gewünscht, daß sich doch all das gesungene Sehnen bald verwirklichen möchte. Das Porzellanervöllchen, das als besonders sangesfroh und sangesfreudig bekannt ist, stellt ja einen großen Prozentsatz der Sänger dar; ich erinnere nur an meine Landsleute, die Thüringer. Da ist bald jeder ein geborener Sänger. Der mächtige Aufschwung, den die Sache der Arbeiterfänger, die im Deutschen Arbeiterfängerbund organisiert sind, genommen hat, beweist, daß man auch in Arbeiterkreisen erkannt hat, wo sein Platz als Arbeiterfänger sich befindet.

Vor dem Krieg konnte der Arbeiterfängerbund die stattliche Zahl von 108 000 Sängern aufweisen, und heute, trotzdem einige Gaue verloren gingen (Elsass-Lothringen) und einige andere Gaue in ihrer Entwicklung gehemmt sind (Pfalzgau, Rhein-Maingau, Gau Rheinland), kann der Arbeiterfängerbund doch schon wieder über 100 000 Sänger sein eigen nennen.

Auch unter unseren Berufscollegen gibt es noch Arbeiterfänger und sogar Vereine, die dem Arbeiterfängerbund noch nicht angehören. Sie zu gewinnen, muß unser Bestreben sein; dazu gehört, daß wir weder innerhalb unserer Vereine den Geist der Zwietracht noch in unserem Reich, dem Reich der Töne, Mißlänge und Disharmonien aufkommen lassen, im Gegenteil, mit aller Macht verhindern.

Ein erheblicher Teil des arbeitenden Volkes steht der Musik und dem Gesang als Kunst noch fern. Die Zeitfrage war zum größten Teil schuld daran, daß das Gebiet der Kunst dem arbeitenden Volk verschlossen blieb. Durch die Revolution ist hierin etwas Wandel geschaffen worden. Wir Arbeiter müssen außer unserer politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit noch Zeit für kulturelle Zwecke übrig haben. Ist es doch ein edles Streben, die Macht des Gesanges in die Reihen der werktätigen Bevölkerung zu tragen und durch Veranstaltung von künstlerischen Konzerten bei denselben die Liebe zur Kunst und zur Musik zu pflegen und zu fördern.

Welcher Sänger erinnert sich nicht mit Freuden der herrlichen Sängerschaften, die er schon unternommen und die ihn mit gleichgesonnenen Sangesbrüdern zusammenführte?

Wir war es vergönnt, als Mitglied eines Berliner Arbeitergesangsvereins an vielen solchen Fahrten teilzunehmen. Fast alle Jahre machten wir uns frei von täglichen Sorgen und Mühen und fuhren auf einige Tage mit Gesang ins Weite.

Nach dem Harz, der Insel Rügen, der Sächsischen Schweiz gingen unsere Fahrten und, wohl die gelungenste von allen, mit 100 Berliner Arbeiterfängern nach Thüringen, dem Schwarzatal, mit Konzert in Jena im Reichshaus. Wir alle daran Beteiligten zehrten jahrelang an den genossenen Freuden und an der Erinnerung der froh verlebten Stunden mit gleichgesonnenen und gleichgestellten Sangesbrüdern. Und diese Zeit soll wiederkommen, wo wir uns räumlich weit getrennten Gebieten als Arbeiterfänger uns begegnen und gemeinsam unsere Freiheitslieder ertönen lassen. Der Gesang, das gemeinsame Ziel, die Freude, wieder aufbauen zu können, schaffen wenigstens in dieser Stunde ein Frohgefühl, das ein anderer, der abseits von diesem Sängerkreise steht, vergebens sucht.

Die deutsche Arbeiterfängerschaft hat schon eine wichtige Aufgabe erfüllt. Sie hat dem arbeitenden Streben einen ungeahnt wichtigen und beständig fortwährenden Schwung durch den Gesang der Freiheitlieder gegeben. Darum wollen wir Arbeiterfänger nicht nur neue Mitglieder und neue Vereine dem Arbeiterfängerbund zuführen. Und wenn wir große und starke Vereine haben, sind wir genau so leistungsfähig, wie bürgerliche Vereine. Es sollte Leute (genau wie in politischer und gewerkschaftlicher Bewegung) keinen Arbeiter mehr geben, der in bürgerlichen Vereinen singt, dort wohl als Sänger willkommen ist, als Mensch und Mitglied aber nur geduldet wird. Und was hier einmal gesagt wurde, gilt in manchen Orten für ganze Vereine. Unsere Sänger dürfen nicht müde werden, gerade in diese Vereine Aufklärung über Ziele und Zweck des Deutschen Arbeiterfängerbundes zu tragen. Mögen unsere Genossen bei

Verarbeitung stets persönliche Beweggründe ausschalten und sachliche Gründe ausnützen.

Damit es besser werde
Hienieden! Brüder auf!
Die schöne weite Erde
Will einen bessern Lauf;
Will länger nicht die Stätte
Von Herr'n und Knechten sein,
Will von der Sklaventeite
Den letzten Mann befrei'n.
Schließt Euch ans Ganze an,
Bersprengt den alten Bann!
So! Enggeschlossen,
Kampfgenossen!
Der Freiheit,
Der Gleichheit
Dreht, Männer, lübn die Bahn!

Luisio

Das Existenzminimum im März 1920

Von Dr. Kucynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Hoffnung, daß nach der starken Preissteigerung im Januar und Februar ein Stillstand eintreten würde, hat sich nicht erfüllt. Brot, Kartoffeln, Fleisch, Rohlen, Kleidung, Schuhwerk sind abermals teurer geworden. In Groß-Berlin z. B. kostete März Brot $5\frac{1}{2}$ mal soviel wie vor dem Kriege, Zucker 6 mal soviel, Gas 8 mal soviel, Milch 9 mal soviel, Brille 11 mal soviel, Kartoffeln, Butter und Margarine 12 mal soviel, Schmalz 13 mal soviel. Bei manchen Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Reis war mehr als 50 mal so teuer wie vor sechs Jahren (1 Pfund im März 1914 22 Pf., März 1920: 12 Mk.). Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung der Lebensmittel um das Sechsfache. In den vier Wochen vom 1. bis 28. März wurde die Bevölkerung verteilt:

	Preis März 1920 Pf.	Preis März 1914 Pf.
8000 g Brot	1096	198
100 g Teigwaren	24	8
1775 g Nahrungsmittel	465	78
200 g Hülsenfrüchte	80	8
8000 g Kartoffeln	480	40
1000 g Fleisch	1613	160
80 g Butter	272	22
270 g Margarine	519	43
490 g Schmalz, Bratfett	1651	73
750 g Zucker	210	35
500 g Fruchtmasse	370	30
	6774	695

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 6774 Kalorien zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 695 Kalorien kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochenchnitt nur etwa 11 200 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also bei äußerster Einschränkung das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 17 Mk. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa $7 \times 2400 = 16 800$ Kalorien. Sie muß zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Wert von $16 800 - 11 200 = 5600$ Kalorien hinzukaufen. Das kann sie billiger tun, indem sie sich $1\frac{1}{2}$ Pfund Haferflocken für 4,50 Mk., 9 Pfund Gemüse für 2,70 Mk., 1 Pfund Marmelade für 4 Mk., $\frac{1}{2}$ Pfund Erbsen für 2,70 Mk. verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 31 Mk. kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa $7 \times 3000 = 21 000$ Kalorien, 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er zuführen in Form von noch $\frac{1}{2}$ Pfund Erbsen für 2,70 Mk., 1 Pfund Margarine für 11,25 Mk., $\frac{1}{2}$ Pfund Reis für 6 Mk., 1 Pfund Salzheringe für 5,25 Mk., 1 Pfund Äpfel für 2,50 Mk. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also 50 Mk. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 124 Mk. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Mietzins von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Brille und Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas (was alles für den Mindestbedarf reichlich ist, aber durch seine hier nicht berücksichtigten Kosten im Wirtschaften aufgewogen wird), so ergeben sich für den Mindestbedarf für Wohnung 8 Mk., für Heizung 13,50 Mk., für Beleuchtung 6 Mk.

für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 45 M., Frau 30 M., Kind 15 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereigebühren, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 15 Proz. machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den März 1920 in Groß-Berlin:

	Ehepaar mit		
	Mann	Ehepaar	2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung	59	90	123
Wohnung	8	8	8
Heizung, Beleuchtung	20	20	20
Bekleidung	45	75	105
Sonstiges	33	48	64
	165	241	321

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 27 M., für ein kinderloses Ehepaar 40 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 12 bis zehn Jahren 53 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8600 M., für das kinderlose Ehepaar 12 600 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 700 M.

Vom März 1914 bis zum März 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M. auf 165 M., d. h. auf das 9,9 fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 241 M., d. h. auf das 10,8 fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 321 M., d. h. auf das 11,2 fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 9 bis 10 Pf. wert.

Aus unserem Verne.

Aus Kollegenkreisen wird uns folgende Zuschrift gesandt:

Sind die vielbeschrienen Lohnforderungen schuld an der heutigen teuren Lebensweise? Nein, ganz allein sind es nur die hohen Preise, an denen sich wohl fast alle Hersteller und Verkäufer beteiligen und dann zur Beruhigung ihres Gewissens die „unerhörten“ Forderungen ihrer Arbeiter und Angestellten als Grund für ihre „kleinen“ Preiserhöhungen angeben.

Die Arbeiter der keramischen Industrie haben nach schweren Kämpfen eine 25proz. Lohnerhöhung durchgesetzt, außerdem noch eine Wirtschaftshilfe. Allen ist aus den Verhandlungen bekannt, daß die Zahlung der Löhne für die Fabriken einer Verknüpfung des Betriebskapitals gleichzuachten ist. Trotzdem sind die ungeheuren Dividenden zur Verteilung gelangt.

Ein Beispiel: Das Resultat vom Umsatz des Monats Januar 1920 ist 6 M. für 1 Kilogramm Stanzporzellan, für den Monat Februar 1920 ist es aber schon 9 M. für 1 Kilogramm; das Ergebnis für den Monat März wird noch höher. Das ist ein Aufschlag von 50 Proz. von einem Monat zum anderen. Und ähnlich handelt ein sehr großer Teil der Hersteller auch in den anderen Industrien; der Erfolg bleibt nicht aus und zeigt auf der einen Seite in:

1. riesigem (vielfach wohl auch unterdrücktem) Vermögenszuwachs, und auf der anderen Seite in der
2. Unmöglichkeit, mit den (entsprechend der Vorkriegszeit hohen) Löhnen auch nur annähernd auszukommen.

Nicht Stillstand oder Abbau der Löhne und Gehälter kann helfen, sondern einzig und allein nur der Abbau der Preise alle Lebensbedürfnisse. Freiwillig tut dies keiner, darum muß Gesetz und ein unbeugsamer Zwang mithelfen.

Dies letztere durchzuführen, sollten alle Gewerkschaften als höchste Aufgabe betrachten.

Anmerkung des Schriftleiters: Inzwischen sind durch das Bekanntwerden vom 22./23. März die Löhne weiter gesteigert worden. Jedoch ist richtig, was der Einsender behauptet, daß auch die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände in ähnlicher Weise eine kolossale weitere Steigerung erfahren haben. Trotz Lohnsteigerung ist der Arbeiter auf der wirtschaftlichen Stufe weiter abwärts gekommen. Auch darin stimmen wir mit dem Einsender überein, daß von einem Stillstand oder gar Abbau der Löhne gar keine Rede sein kann, so lange die Preissteigerungen bestehen. Wie Sigura beweist, verstehen die Unternehmer, die Preise für ihre Erzeugnisse in ganz anderem Maße hinaufzusetzen, als die Arbeiter Löhne. Daraus kann gefolgert werden, daß die keramische Industrie auch durchaus die Lohnsteigerungen

tragen kann, die von der Arbeiterschaft im Interesse ihrer Selbsterhaltung unbedingt gefordert werden müssen.

Tarifausslegung. Noch immer wird von Unternehmern wie von Arbeitern der § 28 unseres Nürnberger Kollektivvertrages falsch ausgelegt. Die Alfordbasis muß mindestens 25 Proz. über dem garantierten Mindestlohnsatz liegen. Es gibt aber Unternehmer, welche meinen, daß die Alfordbasis die Höchstverdienstgrenze darstelle, und es gibt Arbeiter, welche annehmen, daß auch dem langsamsten Arbeiter der Verdienst in Höhe der Alfordbasis garantiert sei, d. h., daß der Alfordlohn so gestellt werden müsse, daß auch der langsamste Arbeiter mit seinem Verdienst mindestens die Alfordbasis erreicht. Beides ist falsch. Die Alfordpreise müssen (überall da, wo sie nicht bereits schon höher sind) so gestellt werden, daß ein Durchschnittsarbeiter den Mindestlohnsatz eines über 24 Jahre alten Arbeiters (eine Durchschnittsarbeiterin den Mindestlohnsatz einer über 20 Jahre alten Arbeiterin) zuzüglich 25 vom Hundert jederzeit erreichen kann. Dabei wird dann natürlich der leistungsschwächere Arbeiter unter, der leistungsfähigere über der Alfordbasis verdienen.

Flörsheim a. Main. Nachdem die hiesige Steingutfabrik infolge Hochwasser und Kohlenmangel einige Zeit stillgelegen, ist jetzt der Betrieb teilweise wieder aufgenommen.

Obwohl inzwischen der Reichstarif abgeschlossen worden war, blieb hier doch noch so manches zu wünschen übrig. Einzelne Kategorien sahen sich deshalb genötigt, mit einigen Wünschen an die Firma heranzutreten und vorstellig zu werden.

Hier muß einschaltend bemerkt werden, daß infolge der Streikereien, die durch die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes verursacht wurden, der Arbeiterausschuß nicht mehr vollständig war; auch der Vorsitzende hatte abgedankt. Die Folgen dieser Streikereien machten sich bald bemerkbar. Anstatt unsere Wünsche erfüllt zu sehen, wurde das gesamte Betriebspersonal am 10. März gekündigt zur Entlassung am 13. März. Unsere Zahlstelle erkannte sofort, was notwendig war und ersuchte den Gauleiter Jahn aus Bonn um seine Hilfeleistung.

Am Samstag, den 13. März, erhielten alle Beschäftigten neben der Löhnung die Entlassungspapiere. Der überwiegende Teil nahm die Entlassungen nicht ernst, sondern rechnete darauf, daß es dem Gauleiter schon gelingen werde, die Sache wieder ins Reine zu bringen.

In einer Betriebsversammlung am 13. März, mittags, wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die am Montag, den 15. März, verhandeln sollte.

Das letztere ist denn auch geschehen. In einer dreistündigen Verhandlung, im Beisein des Gauleiters, gelang es, für uns annehmbare Erfolge zu erzielen. Ein kleiner Bruchteil von Kolleginnen und Kollegen konnte nicht sofort wieder eingestellt werden. Die Arbeit sollte am Dienstag, den 16. März, wieder aufgenommen, für den ausgefallenen Montag sollte die Hälfte der Zeit vergütet werden. Gauleiter Jahn erstattete in einer Versammlung Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und erinnerte zum Schluß seiner Ausführungen die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes daran, daß sie auf Grund der Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Hauptvorständen im August 1919 schon längst Mitglieder unseres Verbandes sein mußten. Ungefähr ein Drittel der in der Steingutfabrik beschäftigten Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes trat denn auch sofort in unseren Verband über.

Die hiesige Zahlstelle hat in Gauleiter Jahn einen umsichtigen und sachlichen Vertreter ihrer Interessen kennen gelernt.

Porzellanindustrie und Tuberkulose. Früher wurde des öfteren auf die hohe Zahl der Tuberkuloseerkrankungen der in den Porzellanfabriken beschäftigten Arbeiter hingewiesen. In letzter Zeit wurde diese Annahme mehr und mehr in Zweifel gezogen. Um ein klares Bild über die Sachlage zu gewinnen, wurde der bayerische Landesgewerbearzt Obermedizinalrat Dr. Koelsch vom sozialen Ministerium beauftragt, in der bayerischen Porzellanindustrie die Frage näher zu untersuchen. Ueber die Ergebnisse seiner Untersuchungen berichtet Dr. Koelsch in den „Beiträgen zur Klinik der Tuberkulose“. In der bayerischen Porzellanindustrie, die bekanntlich in der Keramikindustrie mit an erster Stelle steht, waren vor dem Kriege rund 16 500 Arbeiter tätig. Die Tuberkulosesterblichkeit in den sechs hauptsächlichsten bayerischen Porzellanbezirken betrug im fünfjährigen Durchschnitt 1908 bis 1912 6,65 Proz. gegen 2,64 Proz. bei der Gesamtbevölkerung der gleichen Bezirke. Die Tuberkulosesterblichkeit war um so höher, je älter die Porzellanindustrie in dem fraglichen Bezirk ist und je mehr Generationen bereits in dieser Industrie tätig waren. Auch die Erkrankungs Häufigkeit an Lungentuberkulose fand Koelsch bei den Porzellanarbeitern zweifellos gesteigert, wie ihn auch Untersuchungen an etwa 1000 Arbeitern bei etwa 45 Proz. der Unter-

suchungen verschiedene Veränderungen im Lungengewebe, die nur als Staublungen gedeutet werden konnten, finden ließen. Dieser letzte Befund wird begreiflich, wenn man bedenkt, daß in den Arbeitsräumen feinsten Kieselsäurehaltiger Staub massenhaft sich entwidelt. Roelsch konnte an manchen Arbeitsstellen bis über 200 Milligramm Staub im Kubikmeter Luft messen. Abgesehen von der mechanisch-verletzenden Wirkung können die scharfen und spießigen Partikelchen erfahrungsgemäß auch Reizzustände in den Lungen hervorrufen, wenn der Staub Gelegenheit findet, entsprechend lang und massig in die Luftwege einzudringen. Die beträchtliche Verbreitung der Tuberkulose unter den Arbeitern der Porzellanindustrie ist nach den Untersuchungen von Roelsch nicht mehr zu bezweifeln. („Münchener Post“.)

Porzellanfabrik Tirschenreuth, Aktien-Gesellschaft. Die ständig anhaltende Nachfrage nach den Erzeugnissen des Unternehmens bewirkte, wie der Geschäftsbericht ausführt, auch im Berichtsjahr eine Vermehrung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahr. Die Produktionsverhältnisse blieben infolge der bekannten Ursachen, insbesondere der ungenügenden Kohlenzuweisung, überaus schwierig. Indessen konnten die Verkaufspreise den gesteigerten Selbstkosten rechtzeitig angepasst werden, wodurch es möglich wurde, auch für das abgelaufene Geschäftsjahr ein zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen. Der Reingewinn beträgt zuzüglich des Vortrags aus dem Vorjahr 594 682 (354 804) M., der wie folgt verteilt werden soll: Allgemeine Fürsorge 50 000 M., Zulassung zur Beamten- und Arbeiter-Pensionskasse 50 000 M., zum Spezial-Reservfonds 100 000 M., für statutengemäße Dividende an den Aufsichtsrat 50 398 (38 439) M., 25 (20) Proz. Dividende im Betrage von 312 898 (250 000) M. Der in das neue Jahr hinübergenommene Auftragsbestand ist außerordentlich reichlich und erfährt durch fortgesetzte Zugänge noch erhebliche Verstärkungen. Dem Umfang des Unternehmens Rechnung tragend und unter Berücksichtigung der Ansprüche aus der allgemeinen Verteuerung hält die Verwaltung eine Vergrößerung der Betriebsmittel für unbedingt geboten. Sie schlägt daher vor, das Aktienkapital der Gesellschaft von 1 250 000 M. auf 2 500 000 M. zu erhöhen. Die Aussichten für das kommende Geschäftsjahr, die sich heute noch nicht überblicken lassen, werden wesentlich davon abhängig sein, wie sich unser Wirtschaftsleben weiterhin gestalten wird. In der Bilanz erscheinen: Immobilienkonto 450 000 (500 000) M., Warenkonto 678 324 (280 558) M., Effekten-Konto 813 082 (1 041 678) M., Debitorenkonto 1 206 699 (936 446) M., Reservefonds-Konto 125 000 (100 000) M., Spar- und Pensionsklassenkonto 367 419 (219 708) M., Kreditorenkonto 785 070 (512 917) M., Handlungsunkosten, Steuern, Versicherungen und Reparaturen 745 479 (260 279) M.

Vermischtes.

Der Vorschlag eines Genossenschafters zur Behebung der Valutajschwierigkeiten. Gar viele Vorschläge wurden in den letzten Monaten gemacht, die zerrütteten deutschen und, damit zusammenhängend, die europäischen Währungsverhältnisse wieder in gesunde Bahnen zu bringen. Bisher ist noch keiner dieser Vorschläge verwirklicht worden. Die Zerrüttung ist zu groß und die Gefahr für die ganze europäische Wirtschaft zu gewaltig, als daß die zunächst beteiligten wirtschaftlichen und staatlichen Faktoren Reizung zum Experiment verspürten. Jetzt macht der bekannte Schweizer Genossenschaftler Professor Dr. J. Fr. Schär einen Vorschlag zur Sanierung der europäischen Valutakrise, der beachtlich ist und den wir deshalb zur Kenntnis bringen. Nachdem er das Wesen der Valutakrankheit erläutert und dargelegt hat, daß von dieser Krankheit fast alle europäischen Länder ergriffen sind, erklärt Professor Schär:

Nur durch solidaren Zusammenschluß der feindlichen und neutralen Staaten würde es gelingen, dem gemeinsamen Feind zu widerstehen, durch Schaffung eines kreditfähigen Rechtsgebildes, das mit Erfolg um neue Anleihen appellieren könne. Alle europäischen Staaten seien zu der Kohäsion der gebachten Institution nur deren Mitarbeitern zugute kämen, zur Mitgliedschaft und zur Uebernahme der entsprechenden Verpflichtungen gezwungen. Professor Schär denkt sich dieses Institut als eine Zentralbank mit Filialen in allen Staaten. Die Organisation wäre in folgender Weise durchzuführen:

a) Es wäre ein neues, vom Papiergeld unabhängiges Rechnungsgeld, wie es im Mittelalter an verschiedenen Plätzen (Genoa, London, Hamburg usw.) als einziges Rettungsmittel zum damaligen Münzmas eingeführt worden ist und bis in die Neuzeit noch in China besteht, geschaffen werden, das zum Gold in einem bestimmten Wertverhältnisse stünde.

b) Jeder Staat müßte die sämtlichen Personen und Firmen, die sich am Export und Import beteiligen, verpflichten, alle Rechnungen über Export- und Importgeschäfte, die eine bestimmte Minimalsumme übersteigen, durch die Organe der Zentralbank kontrollieren zu lassen.

c) Alle Zahlungen für Importwaren müßten in der Währung des neuen Rechnungsgeldes gestellt und durch die Zentralbank vollzogen werden, sowie auch der Einzug der Forderungen für Exportwaren durch dieses Institut zu geschehen hätte.

d) Es müßte unter den verschiedenen Filialen der einzelnen Staaten durch diese Hauptbank ein Abrechnungssystem, eine Clearing, eingeführt werden, wie es der Weltpostverein organisiert hat, wo die Abrechnung des Geldverkehrs zwischen den Postverwaltungen jedes Staates auch durch Clearing unter der Oberleitung einer Hauptstelle auf Grund einer gemeinsamen Geldrechnung stattfindet.

Vom Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse in Württemberg wird seit August 1919 ein Mitteilungsblatt, „Mitteilungen der Schlichtungsausschüsse in Württemberg“, herausgegeben, das nunmehr regelmäßig jeden Monat erscheinen wird. Das Blatt enthält neben Aufsätzen aus dem Gebiet des Arbeitsrechtes auch Gesetzesauslegungen des Reichsarbeitsministeriums, die Stellungnahme der Schlichtungsausschüsse Württembergs und Süddeutschlands in häufiger wiederkehrenden Streitfragen, sowie Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse von grundsätzlicher Bedeutung überhaupt. Durch das Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes ist wieder eine Reihe von bedeutsamen Fragen an die Oberbehörde geworfen worden, auf welche die praktische Handhabung des Gesetzes die beste Antwort gibt.

Die „Mitteilungen“, die bisher nur einem beschränkten Kreis von Beziehern zugänglich waren und kostenlos versandt wurden, sollen jetzt jedermann zugänglich gemacht werden; sie werden ab jetzt zum Selbstkostenpreis zu beziehen sein.

Einzelne Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie Verbände und örtliche Vereinigungen von solchen, Betriebsräte und Schriftführer, welche über die Spruchpraxis der Schlichtungsausschüsse fortlaufend unterrichtet zu sein wünschen, wollen sich umgekehrt wegen des Bezuges der „Mitteilungen“ an den Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse in Württemberg, Abteilung Statistik und Presse, Stuttgart, Königsstr. 18, wenden. Postkarte genügt.

Um den Umfang der herauszugebenden Auflage bemessen zu können, ist sofortige Bestellung dringend erwünscht. Neudruck der vergriffenen Auflage erscheint bei den heutigen Druckkosten nicht möglich. Der Jahrgang 1919 ist schon vergriffen.

Altersversicherung für Arbeiter in Argentinien. Nach einer holländischen Zeitschrift, über die das „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, hat die argentinische Kammer einen Gesetzentwurf angenommen, der Arbeitern in Privatunternehmungen von öffentlichem Interesse eine Alterspension zusichert. Es soll dort ein Pensionsfonds gebildet werden, aus dem den Arbeitern eine Alterszulage, beim Verlassen des Dienstes ein besonderer Zuschlag bzw. eine Unfallrente sowie auch Witwen- und Waisenpension zahlen ist. Die Altersrente wird nach 30jähriger Arbeitszeit vollendetem 55. Lebensjahre fällig. Zum Teil auch schon 50jährige nach 20jährigem Dienst. So schreitet der soziale Wandel in der ganzen Welt vorwärts. Je mächtiger das Proletariat zusammenhält, um so mehr ist das Ausblühen des sozialen Wandels bei uns gesichert.

Beruf und Tuberkulose. Bei der gewaltigen Verbreitung der Tuberkulose im Proletariat ist ein Mundschreiben von Nutzen, das der „Münchener med. Wochenschrift“ zufolge das Reichsversicherungsamt herausgegeben hat. Bekanntlich war die bisherige Art, den Kranken nach der Zeit der Erholung direkt Arbeit von früher wieder zuzuführen, von großem Schaden für die Gesundheit des Arbeiters. Darum soll in Zukunft in Lungenheilstätten nach genügender Besserung der Kranken auf unter ständiger ärztlicher Ueberwachung stehende, vorsichtig zunehmende und allmählich gesteigerte Arbeitsbehandlung genommen werden, durch die die Gefahr einer unvermittelten Wiedernahme der vollen Berufstätigkeit begegnet und der Kranke gegebenenfalls angeregt wird, sich einem gesundheitlich einwandfreien Berufe zuzuwenden. In Verbindung mit den örtlich zuständigen Arbeitsnachweiseinrichtungen soll den Kranken der Uebertritt zu solchen Berufen erleichtert werden.

Zahnpflege und Volksbildung. Man sagt, daß eine Million Deutsche keine Zahn- und Mundhygiene anwenden. Nimmt man an, so schreibt Wolz im Internationalen Archiv für Zahn- und Mundhygiene, daß von diesen 30 Millionen im Durchschnitt nur jede zweite bis dritte Person einen Tag im Jahre eine Zahn- und Mundhygiene wegen der Arbeit unterbrechen muß, so gehen

jährlich mindestens 27 Millionen Mark an Arbeitslohn verloren. Die meisten dieser Personen haben aber auch Badzähne verloren, so daß die Speisen zum Teil, weil nicht gekaut, unverdaut abgehen. Auch das bringt einen Verlust von mindestens 220 Millionen Mark. Diese Schätzungen, die die neuesten Löhne und Preise nicht einmal berücksichtigt haben, lassen uns dennoch die große gesundheitliche und volkswirtschaftliche Bedeutung der Zahnpflege erkennen. Sie zeigen uns, wie innig Volkswirtschaft und soziales Wohl zusammenhängen.

Beruf und Unfall. Nach dem Berichte der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten über die Kriegszeit ist die Zahl der Unfälle in den Betrieben die gleiche geblieben, wie vor dem Kriege, obwohl die Gesamtarbeiterzahl um 10 Proz. abgenommen hat. Und woher das? Weil die Arbeit in steigender Zahl von Jugendlichen und Frauen verrichtet wurde. Die Frauen und die Jugendlichen sind dem Kapitalismus, der sich vor der Anschaffung sozialer Schutzmaßnahmen scheut, darum am meisten ausgesetzt.

Wirtschaftslage und Verbrechen. In einer Arbeit über den Einfluß der sozialen Lage auf die Nerven- und Geisteskrankheiten kommt der Privatdozent Dr. Boff auch auf die Kriminalität zu sprechen. Er faßt die engen Zusammenhänge, die zwischen der sozialen Lage und den Verbrechen bestehen, in einigen Leitsätzen zusammen. Danach steht der Diebstahl im ursächlichen Zusammenhang zur wirtschaftlichen Lage. Hunger, Elend und Entbehrungen aller Art sind die hauptsächlichsten Ursachen dieses Deliktes. Eigener Besitz und wirtschaftliche Selbständigkeit bewahren den Menschen vor der Gefahr, Diebstahl zu begehen. Der materielle Tiefstand des Proletariats sei die wichtigste Quelle der Kriminalität. Diese Quelle aller Kriminalität wird aber mit der sich hebenden sozialen Lage des Proletariats immer mehr versiegen. Der gewerkschaftliche Kampf ist der Kampf für die Sittlichkeit.

Alkoholismus und Krankenkassen. In der „Ortskrankenkasse“ stellt Dr. Flaig fest, welche Aufgaben und Möglichkeiten für die Krankenkassen in der Bekämpfung des Alkoholismus bestehen. Diese sind Wiederherstellung von Trinkern und Fürsorge für solche, die durch Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 6. Dezember 1915 ist festgestellt, daß Trunksucht als Krankheit und Trinkeranstalten als Krankenhäuser im Sinne der Reichsversicherungsordnung anzusehen sind. Weiter Hintwirken auf weitere Einschränkung der Verwendung geistiger Getränke in der freien Krankenbehandlung und in den Krankenanstalten. Endlich Aufklärung.

Armut und Krankheit. In welcher gewaltigen Weise das Proletariat gegen die bestehenden Klassen zurücksteht, zeigen uns Untersuchungen, die man in Wien angestellt hat. Danach betragen die Todesfälle an Krankheiten im Proletariat das Zweifache bis Dreifache gegenüber den wohlhabenden Klassen. An Diphtherie starben in einem reichen Bezirke unter 10 000 nur 21, während in einem armen Bezirke 42 starben. Noch größer war der Gegensatz bei Keuchhusten (2 gegen 6) und am schier unglaublichsten bei den Masern, an denen in einem reichen Bezirke nur 8 verstarben gegen 3 im armen Bezirke. Diese Tatsachen zeigen uns, wie eng Armut und Krankheit zusammenhängen und wie der gewerkschaftliche Kampf die Volksgesundheit zu fördern geeignet ist.

Versammlungsberichte.

Flörsheim. Die am 24. März tagende Zahlstellenversammlung war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Martin, eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Quartalsabschluß. Wahl eines Schriftführers. 3. Verhandlungsbericht vom 15. März unter Mitwirkung des Gauleiters Zahn-Bonn. 4. Kartellbericht. Anträge und Beschwerden.

Bevor der Vorsitzende zur Tagesordnung überging, begrüßte er die Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes, die geschlossen zu uns übertraten und, mit warmherzigen Worten. Er führte unter anderem aus, daß nun endlich das Kriegsbeil begraben worden sei und sich in jedes Mitglied zur Pflicht machen müsse, alles Können und Wollen dem Porzellanarbeiterverbande zu widmen. Ich bin selbst mit manchem nicht einverstanden, aber wir sind dafür da, am vorrätigen Mangel aus der Welt zu schaffen. Man muß das Uebel an der Wurzel anfassen, wenn man urteilen soll. Hierauf erteilte er im Rasthauser Dittmann das Wort. Dieser gab ausführlichen Rassenbericht vom 4. Quartal 1919. Rassenrevisor Mühlen bestätigte, Rasse und Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum Schriftführer wurde Kollege Demmerle einstimmig gewählt. Kollege Demmerle nahm die Wahl an. Der Vorsitzende Martin gab an der Hand eines Verhandlungsprotokolls Bericht über die Verhandlungen und Lohnenteilung. Es wurde vorläufig Sätze bis 1. April festgesetzt: Für Gießer den Mindestlohn im Altkorb 210 bis 220 Mk. (48 Stunden); wenn nicht in Altkorb gearbeitet werden kann, erhalten dieselben einen Stundenlohn von 3,80 Mk. Ofenseher erhalten denselben Stundenlohn, und gute Defen eine Prämie von 150 Mk. pro Ofen. Brenner erhalten die Stunden 3,80 Mk.; für verantwortliche Brenner konnte man einen Entschluß fassen, Glaser 3,80 Mk., Unverheiratete 3,60 Mk.

Bader 3,60 Mk. Handwerker 4 Mk. Hofarbeiter 3,50 Mk.; sonstige Arbeiter erhalten einen Wochenlohn von 180 bis 190 Mk.; die Mädchen 1,80 Mk. die Stunde. Im allgemeinen wurden die Grundlöhne, welche 1914 bestanden, um 300 Proz. erhöht, weil die Betriebsleitung dem kommenden Tarif nicht vorgreifen wollte.

Zu Punkt 4 gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Elternbeiratswahlen.

Zu Punkt 4 wurde von Seiten der Kollegen keine Stellung genommen. — Damit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Al. Weilsdorf. Die am 30. März tagende Zahlstellenversammlung erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuches, was von dem Vorsitzenden aufs freudigste begrüßt wurde; ein Zeichen, daß es die Mitglieder ernst nehmen in der jetzt lebhaften Zeit und Bewegung innerhalb unserer Gewerkschaft, für ihre Interessen mitzuarbeiten. Der Vorsitzende, Kollege Hoffmann, eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches: a) Verlesen des Protokolls von der letzten Versammlung, welches für richtig befunden wurde. b) Ausschluß des inzwischen entlassenen Stanzers Ernst Koch aus Heubach aus dem Verband. Punkt 2: Bericht über die am Sonnabend stattgefundenen Lohnverhandlungen, worüber Kollege Franz Trier referierte und ausführte, daß den sonstigen Arbeitern von der Direktion über den Mindestlohn was zugebilligt worden sei; er ermahnte dann die Mitglieder, fest zusammenzustehen, wo der Zwist und Neid aufhören müsse und wir einig und geschlossen unseren Gegnern entgegentreten müssen. Zu Punkt 3 „Sonstiges“ teilte der Vorsitzende mit, daß seitens der Verwaltung ein Antrag eingebracht wäre um Herabsetzung der Altersgrenze in der Invaliditätsversicherung auf 55 Jahre, und der Hauptverbandsleitung mitzuteilen, in unserem Verbandsorgan, „Die Ameise“, alle Zahlstellen anzusprechen, unseren Antrag bei der Reichsregierung mit zu unterstützen. Der Antrag wurde von der Versammlung aufs freudigste begrüßt und einstimmig angenommen. Der Vorsitzende des Arbeiterrats, Kollege Trier, berichtete noch über Neueinstellungen im Betrieb, und konnten von den vielen Angemeldeten nur die Hälfte in Frage kommen und eingestellt werden infolge Kohlenmangels und der vielen Heimarbeiterrinnen. In Zukunft soll, wo die Not nicht zu groß ist, die Heimarbeit auf ein Minimum beschränkt werden, um viele Jugendlichen, die jetzt aus der Schule entlassen wurden, einstellen zu können. Einige Anträge und Beschwerden wurden dem Arbeiterrat überwiesen. Hiermit war der geschäftliche Teil erledigt und Schluß der Versammlung um 1/7 Uhr.

Literarisches.

Die Gewerkschaftsbewegung von Dr. Siegfried Nestriepke. I. Band, 438 Seiten stark, broschiert 14 Mk., gebunden 17 Mk. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inhaber Franz Mittelbach), Stuttgart. Ein grundlegendes, umfassendes Werk über die Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung fehlte bisher. Dr. Nestriepke, der bekannte Sozialpolitiker, hat sich dieser großen literarischen Aufgabe unterzogen und sie — nach dem vorliegenden Band zu urteilen — glänzend gelöst. Das Werk zerfällt in die drei Hauptabschnitte: Allgemeines und Theoretisches. — Die Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. — Von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Das Werk ist eine Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte und der gewerkschaftlichen Proben in einer Form, die nicht nur den in der Gewerkschaftsbewegung Tätigen befriedigen wird. Die „innere“ Geschichte, das Wesen und Werden der verschiedenen gewerkschaftlichen Einrichtungen, und zwar bis in die neueste Zeit hinein, sind eingehend geschildert. Die vielen Quellen von der ältesten bis zur neuesten Zeit sind ausgiebig benutzt und kritisch verarbeitet. Besonders interessant dargestellt erscheinen Wesen und Wirken der ersten Verbände und die Kampfmethoden und Kämpfe im ersten Jahrzehnt. Auch die Beziehungen zu den Genossenschaften, den anderen Gewerkschaftseinrichtungen und den Gewerkschaften des Auslandes behandelt das Buch. Es wird ihm binnen kurzem ein zweiter Band folgen, der die Entwicklung der freien Gewerkschaften während des Krieges und in der Revolutionszeit behandeln, sodann in einer Reihe von Kapiteln die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen, die Ungeistesbewegung usw. darstellen, ferner die Gewerkschaftsbewegung des Auslandes skizzieren wird. Die sozialpolitische Literatur unserer Zeit ist mit dem Buch um eine bedeutende Erscheinung bereichert, die die Anteilnahme aller finden wird, die mit dem politischen und wirtschaftlichen Leben in Berührung stehen.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 26. Heft vom 1. Band des 38. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kapitalüberfremdung. Von Artur Heichen. — Ferguson's Gesellschafts- und Staatstheorie. Von Heinrich Cunow. — Das System der „automatischen Entschädigung“ bei Enteignungen und Vergesellschaftungen. Von Dr. Ed. Diez (Karlsruhe). — Der Streik der französischen Eisenbahner. Von Paul Riecke. — Literarische Rundschau: Dr. J. Reichert, Rettung aus der Valutanot. Von A. Heichen. Karl Paul Gasse, Der kommunistische Gedanke in der Philosophie. Karl Gebhardt, Der demokratische Gedanke. Von Karl Vorländer. Wilhelm A. Wilhelm, Wirtschaftsdemokratie der Zukunft. Von Franz Staudinger. Karl v. Tschä, Vom Geist in der Wirtschaftspolitik. Von G. Fehlinger. E. Rib, Militärgeographische Beschreibung von Rumänien. Von G. Fehlinger.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 6,50 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Natur und Liebe. Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock, 1920, Nr. 2. Inhalt: Natur, Schönheit, Sozialismus. Der Herr der Welt. Der gewerkschaftliche Kampf zur Sittlichkeit und Schönheit. Gemüt und Leben: Wenn der Frühling kommt. Der politische Kampf. Bezahletes Menschentum. Arbeit und Liebe. Jugend. Religion und Leben. — Die Nummern 1 bis 8 kosten 1,80 Mk.

Hatgeber für Kriegshinterbliebene. Herausgeber: Reg.-Rat **Friedrich Rothmann**, Referent im Reichsarbeitsministerium. Preis 1 Mk. und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag. Verlag: Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Fichtenau.

Entwurf eines Programms der U. S. V., sowie Kritik des Aktionsprogramms. Von Dr. James Broh. Heft 9 der „Revolutions-Bibliothek“ des Verlages Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Fichtenau. 71 Seiten. Preis 3 Mk.

Die wirtschaftliche Revolution. Von Adolphe Merheim, Sekretär des französischen Metallarbeiterverbandes. Uebersetzt von Paul Riecke. Heft 8 der „Revolutions-Bibliothek“ des Verlages Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Fichtenau. Preis 1,20 Mark und 20 Proz. Buchhändlerzuschlag.

Das Betriebsrätegesetz. Voller Wortlaut des Gesetzes über Betriebsräte, der Wahlordnung, Vorbrude usw. nebst ausführlicher Erläuterung. Von Paul Umbreit, Schriftleiter des „Korrespondenzblattes“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zweite durchgesehene Auflage. Dritte erheblich erweiterte Auflage. 51.—75. Tausend. 72 Seiten. Preis 2,50 Mk. und 20 Prozent Buchhändlerzuschlag. Verlag: Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Fichtenau.

Ein Jahr Rede- und Mäde-Republik. Von Emil Bloth, ehemaliger 1. Vorsitzender des Deutschen Buchbinderverbandes und sozialdemokratischer Stadtverordneter in Neufölln. Berlin 1919. Staatspolitischer Verlag, G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 226. Preis 1 Mk.

Arbeiterchaft und Sozialdemokratie. Von Emil Bloth, ehem. 1. Vorsitzender des Deutschen Buchbinderverbandes und sozialdemokratischer Stadtverordneter von Neufölln. Berlin 1920. Staatspolitischer Verlag, G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226. Preis 2,50 Mk.

Sterbetafel.

Neuhaldensleben. Michael Singer, Dreher, geboren am 4. Januar 1861, gestorben am 2. April an Asthma. Mitglied seit 1918.

Lirichenreuth. Josef Müller, Konsumvereins-Geschäftsführer (früher Maler), geboren am 5. September 1871 in Poitzschau bei Karlsbad (Böhmen), gestorben am 28. März an der Grippe und Herzlähmung. Mitglied seit 1898. Müller war einer unserer tätigsten Genossen. Viele Jahre war er — meistens in leitender Stellung — eifrig bemüht, die Arbeiterbewegung in Fluß zu bringen und zu erhalten. Die Zahlstelle Lirichenreuth wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Annaburg. Sonnabend, 17. April, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus (kleiner Saal).

Berlin. Zahlstellerversammlung Mittwoch, 21. April, abends 7 Uhr, Schulaula, Dresdener Str. 118. Vortrag des Verbands-Schriftführers Albin Karl über: „Die grundsätzlichen Aufgaben der Gewerkschaft in der Gegenwart“.

Gräfenhain. Sonnabend, den 17. April, abends 8 Uhr, im „Steigerhaus“.

Adressen-Änderungen.

Rönnig. Vorsitzender: Otto Hedwig, Maler.

Tiefenfurt. Vorsitzender: Paul Klose, Maler.

Arbeitsmarkt.

Einige Blumenmaler,

die in feiner „Meißner Manier“ bewandert sind; außerdem einen

Schriftmaler und Dekorateur

für Porzellan gesucht.

Angebote mit selbstgefertigten Musterarbeiten erbeten an die Meißner Ofen- und Porzellanfabrik, vorm. C. Teichert, Meissen, Reichmarkt.

Porzellanmaler-Gesuch.

Es werden sofort angest. 1 Blumenmaler (Meißner Dekor), 1 Batteaumaler. Günstige Stellung und günstige Ernährungsverhältnisse. Offert. G. 170 an die Expedition der „Ameise“.

Porzellanmaler!

Für sofortige Stelle gesucht, die besonders in feineren Wiener Dekoren, auch in feineren, sowie Blumen- und Batteau-Maler. Es sollen sich nur wirklich tüchtige Kräfte melden.

Arbeitsstelle Dresden.

Reg. Z.-Bra. Ostbahnstr. 8.

Freidreher

Für Gebrauchsgeschirr, Flaschen und Krüge in dauernde, gutbezahlte Stellung gesucht.

Lirichenreuther Brauereigeschirrfabrik, Reub & Co.

Einige jüngere Maler finden noch Aufnahme in Malerei in Landschaften und Blumen für Beleuchtungsglas.

Bewerbungen nichtperfekter Kräfte sind zwecklos.

C. Neumann, Ebersbach (Sachsen).

Porzellanmaler, 27 Jahre alt, verheiratet, in allen vorerwähnten Arbeiten, wie Dekor, Stempel, Staffage, Linien — und oval — leichter Meißner Blumenmaler, Schrift, Federzeichnungen usw. vertraut, sucht Stellung.

Angebote unter C. 27 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger solider Schriftmaler, unverheiratet, sucht Stellung im In- oder Auslande. Derselbe ist vertraut mit der Herstellung von Standgefäßen für Apotheken, mit dem Brennen, Schilberanlagen, auch vollständig firm in der gesamten Emailschmiedefabrikation — Farb- sowie Emailschmiedekunst — in der Herstellung Massenschilbern usw. Angebote an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Porzellanmaler

Für unsere Dresdener Malerei suchen wir per sofort Maler, Dekorateur für Goldstaffage, Reliefgold- und Ed.-Arbeiten, Figurenstaffierer, nur erstklassige Kräfte, die langjährige Erfahrung nachweisen können, kommen in Frage. Dauernde, lohnende Beschäftigung zugesichert.

Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Dresden-A., Prager Str. 1.

Porzellanmaler, 26 Jahre alt (ledig), tüchtig und fleißig, zum 1. Mai oder später Stellung. Am liebsten in Kunstfabrik oder guter Malerei. Suchender ist bereit, sich auch auf andere Gebiete der Keramik, wie Glas, Terrakotta usw. einzuarbeiten, wenn die Beschäftigung dauernd ist. Er ist nur sauberes, selbständiges und gewissenhaftes Arbeiten gewöhnt und besitzt mehrjährige Erfahrung im Brennen von Steh- und Zugmuffelöfen.

Angebote unter W. 20 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Maler, speziell für Bronzepatierungen auf Figuren aus Gips und Terrakotta sowie für Blumenkübel. Ferner Gipsgießer gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an P. Mariotti, Hannover, Röselerstraße, erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Heimer, Langewiesen b. Alm., M.

Für alle Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden in Runde bleiben.

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, M.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen und Metallrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Berichstr. 8, M.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Abfälle. Beste Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen. Schneller und reeller Bedienung Oskar Hottmann, Stadtfilm i. M.

Schwämme

werden immer teurer, daher sofortiger Einkauf unerlässlich. * * * * *

Offeriere: Bismocasschwämme zu 8, 13, 15 bis 35 Mk. Stück für Dreher, Glaser-, Brenner-, Drucker-, Garnier-, Schwämme von 1 Mk. bis 8 Mk. pro Stück, hierfür auch geeignete Schwämme, das Pilo 120 und 200 Stück enthaltend, pro Pilo 250 Große Hartheadschwämme für Steingutfabriken, das Pilo 35 enthaltend, 350 Mk. pro Pilo. Große prima Elefantenzähne, Pilo 650 Mk. Versand nur auf feste Vertrauensbestellung, nicht unter 600 Mk. Abgabe einzelner Schwämme als Muster oder Aufsendungen wird höflichst abgelehnt.

H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerberg. Telefon: Alexander 2478.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art



Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiter-Fraktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 12. Verlag: Wilhelm Herber, Charlottenburg, Rosinenstr. 12. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.